

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichsteilen und dem Ausland 2 RM. im Monat, bei Vorbestellung durch die Post 2,30 RM., bei Vorbestellung gebühr. Einzelnummern 10 Pf. bis 15 Pf. je nach Inhalt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden, 4. März 1931

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 53 — 90. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Karisblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 4. März 1931

Am Beobachtungsstand.

Seit, da der Volkstrauertag vorüber ist, muß man — leider — noch ein paar Worte der Kritik sagen, damit endlich das Unerfreuliche daran vermieden wird, das sich auch diesmal wieder mit dem Begehen dieses Tages verknüpfte. Und dieses Unerfreuliche ist der Zanf und Streit um die „amtliche“ Beteiligung an diesen Feiern, die ja selbst einen amtlichen Charakter nicht tragen, aber doch darum um nichts schlechter sind. Ernst und würdig, unter Beteiligung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung verläuft die Feier in und vor dem Reichstag, „obwohl“ sie von dem Verein für Kriegsgräberfürsorge veranstaltet ist. Um so unerfreulicher wirkt es, ob und wie und wo nun „amtlich“ durch Flaggenhissen auf halbmaße von diesem Trauertage „Notiz“ genommen werden soll. Denn es fehlt eben an der „amtlichen Begehung“, und ohne eine Verordnung scheint es ja auch heute nicht zu geben. Die preussische Regierung wünscht, daß erst einmal das Reich offiziell die ganze Sache in die Hand nimmt, den Trauertag möglichst auf den Totensonntag legt. Aber es soll erst „angeordnet“ werden. In anderen Ländern wieder setzte man die Flaggen auf halbmaße, beteiligte sich auch offiziell also an der Begehung dieses Trauertages, und die Reichsregierung wählte einen Mittelweg, um weder die flaggenden noch die nichtflaggenden Länderregierungen zu kränken. Und schließlich: die Reichswehr und die Reichsmarine setzen zum Gedenken der Kriegesgefallenen überall ihre Flaggen halbstochs, ebenso natürlich als Oberbefehlshaber der Reichspräsident — ein Wirtswort also, über den man sich nicht enträsten mag, aber doch den Kopf schütteln muß, auch wenn man das „Offizielle“ solcher Feiern nicht überhöht. Denn man muß dabei doch auch an den Auslandler denken, der hier in Deutschland dieses — um es offen zu sagen — unwürdige Durch- und Gegeneinander mit ansieht. Und bei als Engländer, Franzose, Italiener oder Amerikaner so oft und so ganz anders hat mitmachen können, wie dort sein Volk in selbstverständlicher Einigkeit alljährlich seiner Kriegesgefallenen würdig gedenkt. Gut, wenn es in Deutschland durchaus nicht anders geht, dann soll man alles „offiziell“ ordnen. Man braucht es nicht zu „be-fehlen“, was vielmehr nur aus dem Wege zu räumen wäre, das sind alle die „Schwierigkeiten“, Bedenken und sonstigen Einwendungen von Behörden, die eifersüchtig auf die Wahrung der berühmten oder berühmigten Kompetenzen achten.

Ja, diese Kompetenzen! Über Schwierigkeiten, Bedenken und Einwände der aus ihnen entspringenden Art kommen wir ja auch auf jenem Gebiete nicht vorwärts, das kürzlich der Führer der Deutschen Volkspartei in seiner Kölner Rede durchstreifte und aus dem seine Faktion jetzt in den Reichstag hinein einige Anträge gebolt hat: die Reichsreform. Oder vielmehr: die Verfassungsreform. Über die „grundtätliche“ Notwendigkeit einer Verwaltungsreform, und zwar vor allem hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Reichs- und Länderbehörden, sind sich alle Parteien einig; ein deutschnationaler Reichsinnenminister war es, der die „Länderkonferenz“ für diesen Zweck zum erstenmal zusammenberief, sein sozialdemokratischer Nachfolger hat deren Arbeit weitergeleitet und von dem jetzigen Reichsinnenminister, der dem Zentrum angehört, wird nun verlangt, daß die ganze Sache endlich einmal zu praktischen Resultaten kommt und nicht in den üblichen Denkschriften steckenbleibt. Schon die finanziellen Nöte gebieten das; denn der volksparteiliche Redner im Reichstage, der selbst früher ein höherer Beamter war, erklärte sachverständig und ohne auf Widerpruch zu stoßen, daß ein großer Teil dieser Behördenarbeiten bereits sich andem Gegeneinander der Reichs- und Länderamtsstellen erschöpfe. Der steuerzahlende Staatsbürger hört so etwas aber sehr ungern! Wenn man von ihm, wenn man von der Wirtschaft immer und immer wieder das Sparen und das Nationalisieren verlangt, dann darf man auch wohl von der Verwaltung ein rationelles, sparsames Wirtschaften fordern. Freilich gehen die volksparteilichen Anträge über eine bloße „Reichsreform“ noch hinaus, verlangen „Politisches“, wie die Heraushebung des Wahlalters auf 25 Jahre wie unter dem alten Reichstagswahlrecht und eine zweite dem Reichstag verfassungsmäßig gleichberechtigte Kammer an Stelle des immer noch „vorläufigen“ und nur als Gutachter tätigen Reichswirtschaftsrates und mit Umbau der Rechte des Reichsrates. Außerdem soll der Reichspräsident auch gleichzeitig preussischer Staatspräsident werden, dessen Rechte und Pflichten jetzt durch eine Art Dreimännerkollegium wahrgenommen werden. Aber solche politischen Vorschläge lösen sofort ein erhitztes parteimächtiges Für und Wider aus, — und wir haben von dieser Art Dinge zurzeit mehr als genug! Im übrigen meinte der volksparteiliche Referent, man werde im gegenwärtigen Reichstage doch keine Mehrheit für diese Vorschläge finden. Unrecht hat er mit einer solchen Ansicht wohl kaum!

Die leidlichen parteipolitischen Zuspihungen haben auch den Deutschen Reichstanzler gehindert, in Wien persönlich seinen Gegenbesuch zu machen; Dr. Curtius mußte allein fahren. In Wien konzentrierten sich zurzeit zwischenstaatliche Wirtschaftsverhandlungen von der allergrößten Wichtigkeit, wobei die österreichische Regierung in Richtung nach dem

Der Locarno-Vertrag in französischer Beleuchtung

Briand spricht vor der Kammer.

Im Verlauf der Kammerausprache über den Haushalt des Außenministeriums sprach Franklin Bouillon von den Gefahren einer deutsch-französischen Annäherungspolitik.

In Deutschland herrsche Einmütigkeit über die Aufhebung des Young-Planes.

Die Aufrüstung und die Fortführung des durch die Verträge geschaffenen Status quo. Er fragte den Außenminister, wie es um den guten Willen Deutschlands bezüglich der Durchführung des Young-Planes bestellt sei. Der Vantredit an Deutschland habe gezeigt, daß Frankreich den deutschen Forderungen nachgeben habe. Curtius habe erklärt, Deutschland habe niemals bestimmte Garantien bezüglich der Durchführung des Young-Planes gegeben. Treviranus, der Vertrauensmann Hindenburgs, habe darauf hingewiesen, daß der Verfallener Vertrag als Folge energisch zurückgewiesen werden müsse. Darauf be-fragte

Außenminister Briand die Tribüne, um Franklin Bouillon zu antworten. Wenn man an die Kriegesgefahr denke, so sei es ganz selbstverständlich, daß man trotz aller Schwierigkeiten jäh an dem Versuch zur Beilebung Europas festhalte.

Wenn sich der Versuch zur Aufrechterhaltung des Friedens insbesondere auf eine deutsch-französische Annäherung erhebe, so gelte das einleuchtend, weil von den deutsch-französischen Beziehungen Leben oder Tod der europäischen Politik abhängen. Er habe manchmal über die Schwierigkeiten nachgedacht, insbesondere, als man ihm die Ergebnisse der deutschen Wahlen mitgeteilt habe. Aber gerade in diesen Augenblicken müsse ein Minister zeigen, daß er Wagemut besitze. (Großer Beifall.)

Zeit siehe jedenfalls, daß ein Fortschritt in der Entwicklung der internationalen Annäherungspolitik zu verzeichnen sei. Wenn Deutschland sich auf dem Standpunkt stelle, daß es

das Protokoll der vorbereitenden Abrüstungskonferenz zu nichts verpflichte, so ließe doch andererseits fest, daß dieses Protokoll den Rahmen der kommenden Konferenz bilde.

Wenn Deutschland Hoffnungen und Wünsche bezug auf den Vertrag schenkt worden sei, daß bereits im Locarno-Vertrag gewisse Fragen neu zu verhandeln. Dies bedeute aber noch lange nicht, daß Frankreich in allen diesen Fragen nachgeben werde.

Die moralische Abrüstung sei ebenso notwendig, wie die materielle und Deutschland habe die Pflicht, alle Begreden zu verhindern. Briand ging sodann noch einmal auf das Flotten-

atommen ein und meinte die Übereinstimmung der französischen und der italienischen Auffassung als einen großen Erfolg seiner Politik hin. Er schloß mit dem Hinweis, daß er, wenn er auf die Ergebnisse seiner Arbeit zurücksehe, nichts zu be-dauern habe.

Die Erklärungen Briands wurden von der Kammer ohne jeden Zwischenruf aufgenommen. Als er die Tribüne verließ, dankte ihm nicht endenwollender Beifall aus allen Wänken des Hauses.

Nach Briand bestieg Franklin Bouillon erneut die Tribüne. Er wünschte zu wissen, ob bei der bevorstehenden Abrüstungskonferenz der Verfallener Vertrag unangefastet bleibe, da die Konferenz anderenfalls zu einem Mißerfolg führen müßte.

Briand erklärte darauf, Franklin Bouillon täusche Frankreich und Europa. Der Locarno-Vertrag bedeute die praktische Verwirklichung der Artikel 42 und 44 des Verfallener Vertrages. Der Reichskanzler persönlich habe betont, daß die deutsche Grenze gegen Frankreich unantastbar sei.

Der Young-Plan bestche auch heute noch und deutsche Minister hätten immer wieder betont, daß sie ihre Unter-schrift nicht abziehen würden.

Hierauf wurde der Haushalt des Außenministeriums mit 551 gegen 14 Stimmen angenommen.

Es bleibt alles beim alten!

Keine Abberufung des Wojewoden Graczniski.

Wie die halbamtliche Warschauer Ost-Agentur er-läut, entsprechen die Meldungen, daß der schieflische Wo-jewode Graczniski in nächster Zeit abberufen werde solle, nicht den Tatsachen. Im Gegenteil sei es sicher, daß auf dem Posten des schieflischen Wojewoden keinerlei Ände-rungen vorgeesehen seien.

Ein dritter Versuch.

Am 16. März Zollwaffenstillstands-konferenz.

Die dritte europäische Zollwaffenstillstandskonferenz ist jetzt vom Generalsekretariat des Völkerbundes zum 16. März nach Genf einberufen worden. Auf dieser Konferenz soll versucht werden, nach dem ergebnislosen Verlauf der beiden ersten Konferenzen zu einer langsamen Annäherung des Zollwaffenstill-standsabkommens zu gelangen.

europäischen Ständen eine starke Aktivität entwickelt. Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen sind schon beim Berliner Besuch Dr. Schobers formell zum Ab-schluß geblieben, nur hat sich seitdem wirtschaftlich vieles geändert. Nicht zum Besseren. So werden denn zwischen Dr. Curtius und der Wiener Regierung neue, hoffentlich weiterreichende Wirtschaftsverhandlungen stattfinden, und zwar, wie ein österreichischer Bun-desminister erklärte, vor allem darüber, „in welcher Weise die wirtschaftliche Annäherung der beiden Staaten am besten gefördert werden kann“.

Besuch beim Brudervolk.

Reichsaußenminister Dr. Curtius in Wien.

Die österreichische Hauptstadt hat in ihren Mauern den deutschen Reichsaußenminister Dr. Curtius emp-fangen. Der Reichskanzler konnte wegen der ber-



Abrise Dr. Curtius' nach Wien. Vordere Reihe (von rechts nach links): Gesandter Dr. Frank, Reichsaußenminister Dr. Curtius, Staatssekretär Dr. Pänder.

zeitigen politischen Lage der Einladung der österreichischen Regierung zu seinem größten Bedauern nicht Folge leisten. Er hatte sich schon darauf gefreut, mit den öster-reichischen Freunden die brennenden Fragen, die beson-ders auf wirtschaftlichem Gebiete liegen, zu besprechen, aber die Sorge um das eigene Haus hielt ihn in Berlin zurück. So wird Dr. Curtius mit dem Stabe seiner Mi-tarbeiter den Reichskanzler mitverreisen und, da außer den wirtschaftlichen gemeinsamen Fragen auch sicherlich außenpolitische Themen zur Diskussion stehen, so wird er Gelegenheit haben, auf seinem ureigensten Gebiete Wünsche und Stimmungen der Gastgeber zu erfahren, um dann darüber in der Heimat zu berichten. Der Besuch ist, wenn er auch formell ein Staatsbesuch ist, nicht eigentlich als ein politischer Akt zu bewerten, sondern vielmehr als ein Ausdruck der engen Freundschaft, die das deutsche Volk im Reiche dem deutschen Volk in Österreich entgegenbringt. Gemeinsame Sorgen und der gemeinsam empfundene Druck der Not, die auf beiden Volksteilen lasten, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete, haben die Staatsmänner in Wien zusammen-geführt. Die Zusammenkunft gilt aber nicht, wie die Konferenzen in Paris und Rom, die wir in den letzten Tagen erlebten, kriegerischen Rüstungen, sondern friedlichen Abwehrrmaßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise und vor allem einer Festigung der engen Verbundenheit zwischen den Deutschen im Reich und denen in Österreich.

Festlicher Empfang.

Als Dr. Curtius und Staatssekretär Pänder den Zug ver-ließen, begrüßte sie Sektionschef Schöber für die Bundes-regierung aufs herzlichste. Hierauf wurden die auf beiden Seiten noch erschienenen Herren gegenseitig vorgestellt. Die reichsdeutschen Herren begaben sich darauf in das Hotel Impe-rial, wo sie während ihres Aufenthalts Wohnung nehmen. Vor dem mit österreichischen und reichsdeutschen Farben festlich geschmückten Bahnhof hatte sich eine zahlreiche Men-schenmenge eingefunden, die die Ankommenden spontan lebhaft begrüßte.

Herzliche Willkommensgrüße.

Die meisten Wiener Zeitungen enthalten Begrüßungs-artikel für den Reichsaußenminister Dr. Curtius. Sie betonen, daß die Wiener Bevölkerung den Außenminister des Reiches empfangt, wie man

ein liebes Familienmitglied bewillkomme.

In den reichsdeutschen Staatsmännern begrüße Wien und Österreich vor allem nicht die Vertreter eines auswärtigen Staates, sondern die Volksgenossen. Mit Curtius betreibe der Abgesandte eines Brudervolkes Wiener Boden. Gemeinsam erlebtes und erlittenes Schicksal.